

Vorlage G 08/17
für die Sitzung
der städtischen Deputation für Bildung am 11.10.2007

„Schulvermeidung spürbar senken“

hier: 1. Zwischenbericht des Referates Prävention und Intervention bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und des Amtes für Soziale Dienste zur Schulvermeidung

A. Problem/Ausgangslage

Auf der Grundlage der Beschlüsse der städtischen Deputation für Bildung vom 23. August 2001, des Jugendhilfeausschusses 1. März 2002 und der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Senioren am 7. März 2002 ist die „Vereinbarung zwischen dem Senator für Bildung und Wissenschaft, dem Senator für Inneres, Kultur und Sport, dem Senator für Justiz und Verfassung und dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales über die Zusammenarbeit in Schulvermeidungs-/Präventionsausschüssen (SCHUPS) in der Stadtgemeinde“ am 11. Juni 2002 in Kraft getreten und am 14. Oktober 2005 um drei weitere Jahre verlängert worden.

In der 10. Sitzung der städtischen Deputation für Bildung am 24. Juni 2004 (Vorlage Nr. G54) wurde ein erster gemeinsamer Zwischenbericht des Referats Prävention und Intervention beim Senator für Bildung und Wissenschaft und des Amtes für Soziale Dienste zur Schulvermeidung vorgelegt und eine jährliche Berichterstattung zugesagt.

B. Lösung

Der Bericht über das Jahr 2006 ist als Anlage beigefügt.

C : Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Schulvermeidung zur Kenntnis. Sie begrüßt den Stand der Entwicklung der Zusammenarbeit und bitten weiterhin um Berichterstattung.

In Vertretung

Carl Othmer
(Staatsrat)

Anlage 1: Gemeinsamer Bericht des Amtes für Soziale Dienste und des Referates Prävention und Intervention beim Senator für Bildung und Wissenschaft zur Schulvermeidung

Anlage 2: Anlagen 2 A – 2 C zum Bericht